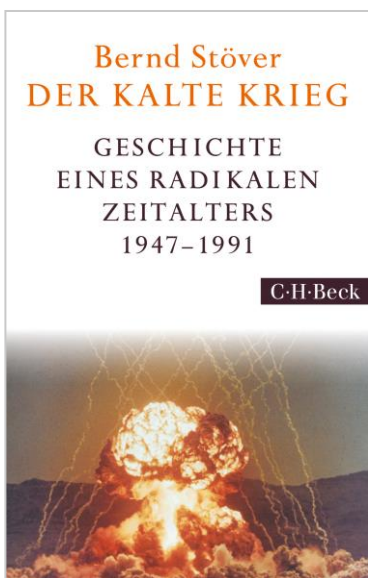


Unverkäufliche Leseprobe



Stöver, Bernd
Der Kalte Krieg

Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991

2017. 528 S.: mit 40 Abbildungen und 6 Karten.
Broschiert
ISBN: 978-3-406-70611-0

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/17678756>

C·H·Beck

PAPERBACK

Der Kalte Krieg ist Vergangenheit, aber erst jetzt zeichnet sich ab, was er für die Welt bedeutet hat: Ein halbes Jahrhundert lang hat die Angst vor dem Atomkrieg die Politik bestimmt. Weit über hundert Kriege außerhalb Europas haben viele Millionen Menschen das Leben gekostet. Politiker, Künstler, Intellektuelle, ja die gesamte Bevölkerung in Ost und West standen im Bann der ideologischen Auseinandersetzung. Bernd Stöver beschreibt erstmals diese totale und globale Dimension des Kalten Kriegs. Nachdem sich allmählich die Archive öffnen und wir immer mehr auch über die Arbeit der Geheimdienste wissen, ist ein neuer Blick auf die politisch-militärische Entwicklung möglich. Das Buch geht darüber hinaus dem wissenschaftlich-technologischen Wettlauf und dem Wettstreit der Wirtschaftssysteme nach, dem Krieg um die Rohstoffe und dem propagandistischen Kampf um die Köpfe der Menschen. Dabei richtet sich der Blick immer auch auf die «Dritte Welt», die zwischen kapitalistischem und kommunistischem Block zerrieben wurde. Dass wir bis heute an den Folgen zu tragen haben und erst allmählich aus dem Albtraum eines totalen Kriegs der Welten erwachen, zeigt das Schlusskapitel.

Bernd Stöver lehrt nach Stationen in Bielefeld und Washington D.C. als Professor Neuere Geschichte mit Schwerpunkt Globalgeschichte an der Universität Potsdam. Bei C.H. Beck erschienen von ihm u.a. «United States of America. Geschichte und Kultur» (2. Auflage 2013), «Geschichte des Koreakriegs» (3. Auflage 2015), «Geschichte Kambodschas» (2015) sowie zuletzt «CIA. Geschichte und Skandale» (2017).

Bernd Stöver

Der Kalte Krieg

1947–1991

Geschichte eines radikalen Zeitalters

C.H.Beck

Dieses Buch erschien zuerst 2007 in gebundener Form im Verlag C.H.Beck.
Broschierte Sonderausgabe 2011

Für die Neuauflage in C.H.Beck Paperback wurde der Band durchgesehen
und aktualisiert.

Mit 40 Abbildungen und 6 Karten

1. Auflage in C.H.Beck Paperback. 2017

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2007

Gesetzt aus der SwiftEF und MetaPlus: Janß GmbH, Pfungstadt

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Umschlagabbildung: Nukleartest in Nevada am 15. April 1955, © Corbis

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 70611 0

www.chbeck.de

Für Naam

Inhalt

Ideologie und Atomwaffen	11
---	----

1. Der Weg in den Kalten Krieg 1917–1945

Der Ost-West-Konflikt: Im Jahrhundert der Ideologen	28
Die Anti-Hitler-Koalition im Zweiten Weltkrieg	33
Markierung der Fronten:	
Der Bruch der alliierten Koalition 1944/45	40
Globale geopolitische Vorentscheidungen:	
Die Sicherung von Räumen	48
Mobilisierung für den Kalten Krieg:	
Die Sicherung von Ressourcen	58

2. Strategien für eine totale Auseinandersetzung 1945–1947

Die Befreiung vom Kommunismus	67
Der Kalte Krieg als globaler Klassenkampf	72
Krieg der Weltordnungen	76
Die Idee der Kollektiven Sicherheit	84

3. Die Teilung der Welt 1948–1955

Die Krisen in Berlin, Jugoslawien und Korea	89
Die Formierung der Blöcke	98
China: Eine dritte Weltmacht entsteht	106
Blockfreiheit und Neutralität	110

4. Eskalation und Stilllegung in Europa 1953–1961

Aufstände im Ostblock 1953–1956	117
Die Doppelkrise in Ungarn und Suez 1956	125
Die Zäsur: Die Zweite Berlinkrise und der Mauerbau 1958–1961	129
Auf Eis gelegt	138

5. Eine Welt in Waffen

Atomwaffen und Rüstungswettlauf	145
Den Nuklearkrieg denken	158
Der Krieg der Geheimdienste	165
Die Technik des Kalten Krieges	178

6. Gesellschaften im Dauerkonflikt

Sich einrichten im Kalten Krieg	188
Mentalitäten im Atomzeitalter	200
Proteste gegen den Kalten Krieg	217
Kalter Bürgerkrieg: Die Feinde und die Freunde	227
Revolutionäre Bewegungen, Freiheitskämpfer, Terrorismus	237

7. Krieg der Kulturen

Amerikanisierung – Sowjetisierung – Nationalismus	247
Apokalypse und Satire: Literatur, Comic, Film	256
Unterhaltung als Waffe: Radio, Fernsehen, Musik	269
Schaufenster oder Feindbild: Kunst, Architektur, Sport	278
Religionen im Kalten Krieg und der Aufstieg des politischen Islam	288

8. Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Systemkonkurrenz

Technologisch-wirtschaftliche Konkurrenz und Kooperation	297
«Die Bataillone der besseren Sozialleistungen»	305
Entwicklungshilfe als Waffe	314
Erdöl: Die Waffe der Dritten Welt	327

9. Schauplatzwechsel 1961: Krieg in der Dritten Welt

Der Vietnamkrieg und seine «Nebenkriegsschauplätze»	337
Der chinesisch-sowjetische Konflikt	348
Stellvertreterkriege: Afrika, Süd- und Mittelamerika.	356
Kriege der Blockfreien	364
Am Rand des Atomkriegs: Die Kubakrise 1962	374

10. Entspannung und Abrüstung 1953–1981

Der «Geist von Genf»	381
Friedliche Koexistenz, Strategie des Friedens und Neue Ostpolitik	386
Abrüstungskonferenzen	395
Die Schlussakte von Helsinki	402

11. Afghanistan und Krieg der Sterne:**Die Rückkehr zur Konfrontation seit 1978**

Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan	410
Reagan und die konservative Wende in den USA	416
Die Rückkehr der Konfrontation nach Europa	421
Öffentliche Meinung und die neue Rolle der Friedensbewegung	429

12. Der «Gorbatschow-Faktor»:**Die Auflösung des Ostblocks 1985–1991**

Gorbatschow und das «Neue Denken»	437
Kampf um Bürgerrechte und Demokratie	442
Die Vereinigung Deutschlands	452
Der Gegner verschwindet	459

Ein Nachkrieg	463
--------------------------------	-----

Anhang

Abkürzungen	479
Anmerkungen	487
Bildnachweis	520
Namenregister	521

Ideologie und Atomwaffen

Der Begriff des Kalten Krieges stammt aus dem Jahr 1946, wurde 1947 als öffentliches politisches Schlagwort geläufig und ab 1950 auf beiden Seiten des «Eisernen Vorhangs» so üblich, dass er in der Literatur bis heute Tausende von Titeln geprägt hat. Es erstaunt daher ein wenig, dass eigentlich alles an ihm mit einem Fragezeichen zu versehen ist: seine Herkunft, sein Anfang und sein Ende, sein Inhalt, und nicht zuletzt seine exakte Definition. Dies mag neben vielen anderen Gründen vielleicht auch daran liegen, dass schon das Bild, das die Metapher vermittelt, erkennbar schief ist. Je kälter der Kalte Krieg in seinen verschiedenen Phasen war, desto näher war der Konflikt an der militärischen Auseinandersetzung, die seit den fünfziger Jahren den begrenzten, seit den Sechzigerjahren den globalen Atomkrieg mit einschloss.¹ Gräbt man nach dem Ursprung des Begriffs, zeigt sich, dass die dahinterstehende Vorstellung tatsächlich von Anfang an eng mit der Entwicklung der neuesten und zerstörerischsten Waffe zu tun hatte, die bisher von Menschen erfunden worden war. «Die Bombe» ließ nichts von dem, was bis dato galt, unberührt.

Der Begriff des Kalten Krieges stammte, wie eine in vielen Zeitungen veröffentlichte Meldung der Nachrichtenagentur *Associated Press* schon 1950 enthüllte, keineswegs von dem bekannten Journalisten Walter Lippmann, den die meisten wegen seiner 1947 veröffentlichten Broschüre *The Cold War* für den Erfinder hielten, sondern von Herbert B. Swope, einem Journalisten und Mitarbeiter des langjährigen Präsidentenberaters, Bernard M. Baruch. Die in den Jahren des Ersten Weltkriegs begonnene Zusammenarbeit mit Baruch führte Swope 1946 auch in die US-Delegation bei der «Kommission zum Studium internationaler Kontrolle der Atomenergie» der Vereinten Nationen (UNO).² Ihre Aufgabe war, auszuhandeln, ob und inwieweit sich die Sowjets, die früher oder später im Besitz von Nuklearwaffen sein würden, sich in eine globale Abmachung zur Nichtverbreitung von Atomwaffen einbinden lassen

würden. Das Vorhaben beruhte auf einer von Großbritannien, den USA und Kanada bereits im November 1945 verabschiedeten Atomcharta: Eine internationale Kontrolle sollte alle Vorhaben überwachen, die auf der neuen Kerntechnik fußten. Es waren diese Verhandlungen zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Delegation, die Herbert Swope, der am Ende des Ersten Weltkriegs 1918 manchmal noch als «Roter» und Sympathisant der Sowjets gegolten hatte,³ schließlich zu der Vorstellung führten, dies sei nun wirklich «der Kalte Krieg». Dahinter stand bereits die Furcht, dass ein zukünftiger Krieg früher oder später ein nuklearer sein werde, wie Baruch später in seinen Memoiren ausdrücklich bestätigte.⁴

Das gesamte Jahr zwischen den Atombombenabwürfen auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki im August 1945 und den von Baruch am 14. Juni 1946 vorgelegten amerikanischen Vorschlägen war von apokalyptischen Szenarien geprägt gewesen, die auch vor der Öffentlichkeit ausgebreitet wurden. US-Präsident Truman hatte bereits in seiner Rundfunkansprache am 9. August 1945, als die zweite Atombombe gerade Japan getroffen hatte, ausdrücklich von der Gefahr eines Dritten Weltkriegs gesprochen, der nach seiner Auffassung auch nuklear geführt werden würde.⁵ Zeitschriften wie *LIFE* hatten bereits unmittelbar danach Nuklearkriegsszenarien ausgebreitet, die später auch von deutschen Magazinen wie *Der Spiegel* nachgedruckt wurden.⁶ Auch die Elite amerikanischer Atomphysiker, die zuvor am sogenannten Manhattan-Projekt, der Entwicklung der ersten Atombombe, beteiligt gewesen war, hatte 1946 in einer Broschüre unter dem Titel *One World or None* eine apokalyptische Zukunft entworfen, falls es nicht gelingen würde, das gegenseitige Misstrauen zwischen «Ost» und «West» zu überwinden. Die Wissenschaftler leiteten aus der Erfindung der Atombombe ab, dass alle Kriterien bisheriger Nationalstaatspolitik dadurch aufgehoben seien. Vor der nuklearen Zerstörung schütze nur der radikale Austausch aller Geheimnisse in dieser Waffentechnik und die internationale Zusammenarbeit.⁷ Albert Einstein, dem später das Bonmot zugeschrieben wurde, er wisse zwar nicht, wie der Dritte Weltkrieg geführt, wohl aber, wie der Vierte ausgetragen werde: mit Stöcken und Steinen,⁸ gehörte dazu, aber auch J. Robert Oppenheimer, der wissenschaftliche Kopf hinter der Entwicklung der ersten Atombombe. Die vorge-



DAS WORT VOM «KALTEN KRIEG» Bernard Baruch, Herbert Swope, UN-General-Sekretär Trygve Lie und John Hancock in einer Sitzungspause bei den UN-Atomenergieverhandlungen 1946. Im Hintergrund sieht man Robert Oppenheimer, der sich zu einem der entschiedensten Verfechter der Atomwaffenkontrolle entwickelte. Die harten Verhandlungen inspirierten Herbert Swope zu seiner Wortschöpfung «Kalter Krieg», die ab 1947 um die Welt ging.

brachten Ideen und Planungen zielten auf eine harmonische Zusammenarbeit mit den Sowjets, um nicht nur die Gefahren zu kontrollieren, sondern auch die Chancen der neuen Technik zu nutzen. Dem psychologischen Klima entsprach der apokalyptische Tenor der Rede, mit der Baruch am 14. Juni 1946 den amerikanischen Vorschlag zur Atomwaffenkontrolle präsentierte.

Aus Sicht der UdSSR, die seit 1943 – nicht zuletzt mithilfe zuge gespielter Informationen aus den amerikanischen Labors – an der Entwicklung von Kernwaffen arbeitete, war der Baruch-Plan nicht nur unannehmbar, sondern eine schlichte Provokation. Die Annahme hätte nicht nur das Vorhaben, waffentechnisch mit den USA gleichzuziehen, gefährdet. Eine Ablieferung der bisherigen Ergebnisse «an die Amerikaner» wäre darüber hinaus einer Selbstentwaffnung gleichgekommen, wie Dimitri Skolbetsin, einer der

sowjetischen Unterhändler, später betonte.⁹ Seit Mitte des Krieges befürchtete Stalin, der Westen werde ihn mit «der Bombe» politisch erpressen können. Trumans Verhalten seit Kriegsende, nicht zuletzt während der Potsdamer Konferenz, erschien ihm als Bestätigung. So war es kein Zufall, dass der sowjetische Diktator nur elf Tage nach dem letzten Atombombeneinsatz in Japan am 20. August 1945 das offizielle Dekret unterschrieb, welches den amtierenden Geheimdienstchef, Lawrenti Berija, zum Chef eines Nuklearwaffenprogramms machte. Mit entsprechendem Druck auf alle Beteiligten gelang es fast auf den Tag genau vier Jahre später, 1949, die erste sowjetische Atombombe zu zünden. In der Zwischenzeit spielten die Sowjets auch am Verhandlungstisch auf Zeit. Sie präsentierten in den monatelangen Gesprächen mit den Amerikanern diverse Gegenvorschläge, die wiederum den USA unannehmbar erschienen. «Wir sollten unter keinen Umständen unsere Waffe wegwerfen», hatte Truman Baruch eingeschärft, «solange wir nicht sicher sind, dass der Rest der Welt nicht gegen uns rüsten kann».¹⁰ Die Verweigerung der USA gegenüber seinen Vorschlägen bot wiederum Moskau weitere Argumente gegen Washington. Am 17. September 1946 schließlich teilte ein frustrierter Baruch Truman mit, er sehe überhaupt keine Möglichkeit mehr, die Ansichten des Westens mit denen der Sowjets in Einklang zu bringen. Am 30. Dezember 1946 nahm die Atomenergiekommission der UNO ohne die Stimmen der UdSSR und Polens den Baruch-Plan zwar an. Die Stimmenthaltung Moskaus machte den Konsens der anderen Staaten allerdings wirkungslos. Wenig später reichte Baruch am 4. Januar 1947 seinen endgültigen Abschied ein. Drei Monate später folgte seine Rede, die als erste öffentliche Präsentation des Begriffs «Kalter Krieg» gelten darf. Im Abgeordnetenhaus von Columbia, der Hauptstadt des US-Bundesstaats South Carolina, verwendete er zum ersten Mal die Wendung seines Mitarbeiters Herbert Swope, um den Konflikt mit den Sowjets als «eine neue Art von Krieg» zu beschreiben.¹¹ «Wir sollten uns nicht täuschen», so hatte Baruch unter anderem ausgeführt, «wir sind heute inmitten eines Kalten Krieges. Unsere Feinde sind sowohl außerhalb als auch innerhalb des Landes.»¹² Das sei bereits eine Vorstufe des militärischen Konflikts. Nur wenig später erschien im Herbst 1947 schließlich die für die Verbreitung des Begriffs dann folgenreichste Veröffentlichung: die 62-seitige Broschüre des prominenten

New Yorker Journalisten Walter Lippmann, die nun zum ersten Mal den Titel *The Cold War* trug.¹³ Der politisch den Republikanern nahestehende Lippmann, der sich publizistisch in einer Art Dauerfehde mit der Truman-Administration befand, hatte zuvor in der *New York Herald Tribune* eine Serie von kritischen Artikeln gegen die *Containment Policy* publiziert, die dieser Band jetzt versammelte. Den Begriff des Kalten Krieges suchte der Leser allerdings vergeblich. Dass er im Titel auftauchte und in gewisser Weise wohl auch als Verkaufsargument eingesetzt wurde, macht allerdings deutlich, wie bekannt er in der Öffentlichkeit bereits war. Was Lippmann persönlich unter einem «Kalten Krieg» verstand, den er in seinem Text als «speziellen» oder auch «eigenen Krieg» (*Particular War*) bezeichnete, erläuterte er ausführlich: gegnerische Obstruktionspolitik, diplomatischer Krieg, Propaganda und geheime Infiltration.¹⁴ Und auch Lippmann betonte das revolutionär Neue an dieser Auseinandersetzung: Der Kalte Krieg werde geführt, weil ein militärischer Konflikt – «ein ausgewachsener Weltkrieg mit Atombomben und dem ganzen Rest», wie er schrieb – für die Sowjetunion noch nicht machbar sei.

Mit Lippmanns schmalem Band zur Kritik der Eindämmungspolitik trat der zwar sachlich ungenaue, nichtsdestoweniger aber emotional zutreffende Begriff des Kalten Krieges seit Herbst 1947 seinen Siegeszug an. Wenig später konnten die Zuschauer der *Paramount-Wochenschau* am 1. Januar 1948 hören, Stalin habe den «härtesten politisch-moralischen, wirtschaftlichen Krieg der Geschichte, einen Kalten Krieg» begonnen. Die Verbündeten folgten nur wenig später: Im französischen *Le Figaro* tauchte der Begriff *la Guerre Froide* zum ersten Mal am 8. Februar 1949 auf. Fachzeitschriften wie das in der Bundesrepublik erscheinende Periodikum *Außenpolitik* richteten kurz darauf sogar eigene Rubriken unter dem Titel ein. Wenig später wurde der Begriff auch im sowjetisch kontrollierten Ostmitteleuropa üblich. In der DDR erschien 1950 die deutsche Übersetzung von *The Cold War in Germany* aus der Feder des australischen Journalisten Wilfred G. Burchett. Im folgenden Jahr fand der Begriff sich dann auch auf dem sowjetischen Buchmarkt (*Cholodnaja Woina*) und seit 1955 auch als Definition in der *Großen Sowjetenzyklopädie*, wo man ihn im Verlauf der nächsten Jahrzehnte hin und wieder inhaltlich anpasste, aber in seiner Grundaussage unangetastet ließ: Die Amerikaner und der

Westen zielten mit der Auslösung des Kalten Krieges auf die Beherrschung der Welt.¹⁵

Bezeichnenderweise entwickelten sich auch die Deutungen, die die historische Forschung in den 45 Jahren der Auseinandersetzung zur Entstehung und Dynamik des Kalten Krieges vorlegte, aus den politisch motivierten Schuldzuweisungen der Anfangsjahre. Es macht daher Sinn, sie als zeitgebundene Erklärungen, als «historische Meistererzählungen» (*Master Narratives*) zum Konflikt zu begreifen.¹⁶ So sollte der Kalte Krieg verstanden und vermittelt werden, so sollte er in der Erinnerung bleiben.

(1) Nach der *traditionellen Vorstellung*, der frühesten Erklärung, war aus westlicher Sicht für die Entstehung und Forcierung des Kalten Krieges die marxistisch-leninistische Ideologie mit ihrem Anspruch auf die Weltrevolution verantwortlich. Diese habe die Sowjetunion prinzipiell auf einen aggressiven Kurs gegenüber dem Westen festgelegt. Pragmatische Annäherungen in Entspannungsphasen seien zwar möglich gewesen, nicht jedoch eine Abschwächung des Expansionsdrangs. Wichtige Vertreter dieser Auffassung kamen aus der amerikanischen Regierung: George Kennan, der «Erfinder» der dann von der Demokratischen Partei weiterentwickelten Eindämmungspolitik (*Containment Policy*) und John Foster Dulles, der Schöpfer des republikanischen Gegenentwurfs, der Befreiungspolitik (*Liberation Policy*). Das sowjetische Pendant der traditionellen Interpretation des Kalten Krieges, das spiegelbildlich die westlich-amerikanische Verantwortung für den Kalten Krieg betonte, lieferte dann Andrej Schdanow in seiner berühmten «Zwei-Lager-Rede» am 30. September 1947. Hier stand der «Imperialismus» im Mittelpunkt.

(2) Die in der westlichen Forschung ab den Sechzigerjahren als sogenannte *revisionistische Erklärung* kursierende Deutung entsprach auf den ersten Blick im weitesten Sinne der sowjetischen bzw. der marxistisch-leninistischen Interpretation des Kalten Krieges seit der frühen Nachkriegszeit. Sie entstand zunächst in den USA als Kritik an der traditionalistischen Schule, aber auch als Gegenposition zur Außenpolitik der Eisenhower-Jahre. Als der erste Band der revisionistischen Schule, William A. Williams' *The Tragedy of American Diplomacy*, 1959 erschien, befand sich die Welt nach der nur kurze Zeit zurückliegenden Doppelkrise um Ungarn und Suez mit der Zweiten Berlinkrise bereits wieder auf Konfron-

tationskurs. Die Revisionisten – neben Williams zum Beispiel Gabriel Kolko, David Horowitz oder Gar Alperovitz – unterstrichen ausdrücklich die amerikanische Verantwortung für die Entstehung des Kalten Krieges.¹⁷ Die Sowjetunion sei aus dem Zweiten Weltkrieg geschwächt hervorgegangen und habe dem wirtschaftlich überlegenen Westen, insbesondere den USA und ihrer forcierten «Politik der Offenen Tür», nahezu hilflos gegenübergestanden. Neben der ökonomischen Überlegenheit wurde hier ausdrücklich das amerikanische Atomwaffenmonopol der ersten Nachkriegsjahre als Argument für die amerikanische Verantwortung herangezogen.¹⁸ Stalins Politik sei weniger von imperialen Vorstellungen ausgegangen als von der Bewahrung und Sicherung des bestehenden Staates, der kontinuierlich gefährdet gewesen sei. Für die Traditionalisten und andere Kritiker indes diskreditierte sich diese Interpretation bereits durch die Übernahme sowjetischer Deutungen.

(3) Beide Positionen näherten sich seit den Siebzigerjahren in der sogenannten *postrevisionistischen Interpretation* des Kalten Krieges an: Sie geht davon aus, dass gerade die angenommene Bedrohung durch die Gegenseite für die rasante Dynamik der Auseinandersetzung maßgeblich war. Kontinuierlich habe die verfehlte Wahrnehmung falsche Entscheidungen produziert. Als Vertreter dieser These gelten zum Beispiel Wilfried Loth oder Daniel Yergin.¹⁹ Auch diese Forschungsrichtung war deutlich von der aktuellen Entwicklung des Kalten Krieges beeinflusst. Seit der Kuba-Krise 1962, die die Welt so nah wie nie zuvor an den Atomkrieg geführt hatte, waren deutsch-deutsche und internationale Entspannungsbemühungen erfolgreich. Sie hatten bis 1972 auch zur Unterzeichnung des ersten Vertrags zwischen den Supermächten zur Begrenzung Strategischer Waffen geführt. Vor diesem Hintergrund machte die These Sinn, eine verfehlte Kommunikation habe zum Kalten Krieg geführt und die Überwindung von Misstrauen ermögliche die Annäherung der Gegner. Tatsächlich können die Postrevisionisten für sich verbuchen, dass vieles, was man nach der Öffnung bisher verschlossener Archive in den Jahren nach 1991 zutage förderte, in die Richtung wies, dass der Verlauf des Kalten Krieges nicht zuletzt durch massive Kommunikationsprobleme gefördert wurde. Gerade sein Ende – etwa der Wandel des Gorbatschow-Bildes im Westen – zeigt deutlich, wie stark die

Überwindung von eingefahrenen Perzeptionsmustern zur Beendigung des Kalten Krieges beitrug.

Dennoch stieß auch diese Interpretation auf Kritik. Tatsächlich muss man natürlich fragen, ob die Einschätzungen der Gegenseite wirklich so konsequent falsch waren wie unterstellt. Schloss nicht schon der Universalanspruch der beiden Ordnungsentwürfe den jeweils anderen kategorisch aus? Wurde nicht trotz der Abrüstungsverhandlungen alles versucht, das gegnerische System weiterhin zu unterminieren, und zwar nicht nur im eigenen Machtbereich, sondern auch an den entlegensten Peripherien des Konflikts? Wo konnte es eine Fehlinterpretation der jeweiligen gegnerischen Vorstellungen bei der gigantischen nuklearen Aufrüstung geben, die schließlich militärisch sinnvoll nicht mehr eingesetzt werden konnte und in der Lage war, nicht nur die gesamte Erdbevölkerung mehrfach zu vernichten, sondern die Erde auf Dauer unbewohnbar zu machen?

Alle drei Antworten auf die Frage, *warum* dieser Konflikt begann und mit aller Härte und vollem Einsatz der Kräfte bis zum Ende geführt wurde, blieben zeitgebundene Teilerklärungen. So wie die traditionelle und revisionistische Erklärung jeweils einseitige Schuldzuweisungen vornahmen, schloss der kommunikationstheoretische Ansatz des Postrevisionismus weitgehend die Möglichkeit aus, dass der Kalte Krieg ein klassischer Machtkonflikt war, der nicht aus Versehen oder aufgrund von Verständigungsproblemen, sondern bewusst und kalkuliert in Eskalationen und Deeskalationen geführt wurde, weil er ausgefochten und siegreich beendet werden sollte. Gerade für diese Annahme sprach jedoch immer vieles. Das 1956 von Chruschtschow präsentierte Schlagwort von der «Friedlichen Koexistenz» war bekanntlich niemals ein Friedensangebot an die andere Seite und galt insbesondere nicht für die Systemauseinandersetzung in der Dritten Welt. International wurde die Koexistenz trotz aller Bekenntnisse zu keiner Zeit ein nachhaltig verfolgtes Konzept und blieb selbst in den kommunistischen Staaten heftig umstritten. Wie stark der unterhalb der Atomschwelle mit allen Mitteln geführte Kalte Krieg tatsächlich als «Krieg» wahrgenommen worden war, machten nicht zuletzt die Diskussionen um Sieger und Besiegte nach dem Ende des Konflikts deutlich.²⁰ Zwar blieb die amerikanische Auffassung, den Kalten Krieg für sich entschieden zu haben, umstrit-

ten. Doch angesichts der Selbstauflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 – 69 Jahre nach ihrer Gründung und nach 45 Jahren teils am Rande des Atomkriegs – wusste jeder, dass hier ein Kampf zweier sich ausschließender globaler Ordnungssysteme, ein «Krieg der Welten», beendet worden war, den das «Sozialistische Weltsystem» nicht überlebt hatte. Dies ist die Basis für die (4.) mentalitätsgeschichtlich-empirische Interpretation.

Die wichtigsten Probleme einer Gesamtinterpretation des Kalten Krieges liegen in der Tendenz, den Konflikt nach wie vor eher fragmentarisch und zum Teil noch immer ideologisiert zu betrachten. Notwendig ist, die in der Regel einzeln betrachteten Teile des global und tendenziell total geführten Kalten Krieges wieder zusammenzusetzen – sie zu defragmentieren. Zudem gilt es, die stets zeitgebundenen, politisch wie geografisch standortabhängigen und subjektiven Interpretationen und Wahrnehmungen als solche zu historisieren. Was das bedeutet, kann man an sechs Bereichen deutlich machen.

(1) *Einheit der Epoche des Kalten Krieges.* Der Streit um die Frage, ob der Kalte Krieg als eine Einheit oder als eine Aufeinanderfolge mehrerer Kalter Kriege zu betrachten sei, ist so alt wie der Konflikt selbst. Insbesondere in erhofften oder tatsächlichen Entspannungphasen des Konflikts wurde sein Ende regelmäßig erklärt; zum ersten Mal bereits im Februar 1949, als aus dem Kreml leichte Zeichen einer Entschärfung zu kommen schienen.²¹ Kontinuierlich wurden in den folgenden Jahrzehnten immer wieder das Ende und häufig unmittelbar danach wieder der Neubeginn des Konflikts ausgerufen. Der Blick aus dem Jahr des Untergangs der UdSSR 1991 macht die Einordnung jenseits der vielen subjektiven zeitgenössischen Einschätzungen einfacher. Es gab keinen ersten, zweiten und dritten Kalten Krieg, sondern Konflikt und Entspannung verliefen über seine gesamte Dauer gleichzeitig. Die Auflösung der Sowjetunion beschloss offiziell eine Auseinandersetzung, die ebenso amtlich mit zwei «Kriegserklärungen» der USA am 12. März und der UdSSR am 30. September 1947 begonnen und durch teilweise ineinander übergehende Eskalations- und Entspannungphasen geführt hatte. Sieben Phasen lassen sich erkennen: Formierung und offizielle Eröffnung (1945/47), Blockbindung (1947/48–1955), Eskalation und Stilllegung in Europa (1953–1961), Verlagerung in die Dritte Welt (seit 1961), Entspan-

nung (1953–1980), Rückkehr zur Konfrontation (1979–1989) und schließlich die Auflösung des Ostblocks (1985–1991). Der Kalte Krieg erweist sich rückblickend als Einheit, als eine Epoche.

(2) *Sonderstellung des Kalten Krieges im Ost-West-Konflikt*. Nach der lange Zeit gängigen Definition war der Kalte Krieg ab 1947 ein Teil der Ost-West-Konfrontation seit der Russischen Oktoberrevolution 1917. Die Wurzeln dieses Konflikts reichten bis in das 19. Jahrhundert. So nahmen Zeitgenossen bereits Teile des Krimkriegs zwischen 1854 und 1856 als Konfrontation zwischen Ost und West – zwischen «asiatisch-russischer» und «europäisch-zivilisierter Welt» – wahr. Seit der Russischen Revolution war dieser traditionelle machtpolitische Konflikt durch eine ideologische Komponente ergänzt und in der Wahrnehmung der Zeit zu einem «Weltbürgerkrieg» ausgeweitet worden – ein Begriff, der dann vor allem auch in den Fünfzigerjahren üblich war.²² In neueren Nachschlagewerken ist diese sinnvolle Unterscheidung zwischen dem Kalten Krieg und dem Ost-West-Konflikt zum Teil nicht mehr übernommen worden. Prinzipiell ist es nicht falsch, da der Begriff des Ost-West-Konflikts umfassend für die Zeit nach 1917 gilt. Allerdings verschleiert die unbestimmte Bezeichnung die spezifische Qualität der Auseinandersetzung ab 1947, die sich erheblich von dem bis dahin geführten Konflikt unterschied. Konflikte gab und gibt es viele. Der Kalte Krieg jedoch war ein permanenter und aktiv betriebener «Nicht-Frieden», in dem alles das eingesetzt wurde, was man bisher nur aus der militärischen Auseinandersetzung kannte. Hinzu kam das, was bisher gänzlich unbekannt gewesen war und bereits 1946 den Erfinder des Begriffes bewegt hatte: Dieser «Nicht-Frieden» konnte, als beide Seiten schließlich begannen, immer mehr und größere Nuklearwaffen zu bauen, binnen Stunden zu einem unbegrenzten atomaren Krieg werden und einen Großteil der Menschheit vernichten. Bezeichnenderweise wurde bereits seit dem letzten Drittel der Vierzigerjahre eine lebhafte Debatte darüber geführt, ob der «Zwischenzustand» des Kalten Krieges als eigener Sachverhalt in das Völkerrecht aufgenommen werden solle.²³ Die Tatsache, dass der Kalte Krieg tatsächlich in 45 Jahren niemals zu einem Atomkrieg führte, brachte in den späten Achtzigerjahren noch einmal die pointierte Gegenthese hervor: Der Kalte Krieg sei gar kein Krieg gewesen, sondern das Gegenteil, ein «langer Frieden».²⁴ Tatsäch-

lich kann nicht bestritten werden, dass die *Overkill*-Kapazitäten den großen Atomkrieg zwischen den beiden Hauptkontrahenten und ihren Bündnispartnern als nicht mehr führbar erscheinen ließen und an den Ausgangspunkten und eigentlichen Zentren des Kalten Krieges – in Europa, in den USA und in der UdSSR – eine militärische Auseinandersetzung verhindert wurde. Die These wird allerdings zum blanken Zynismus, wenn man gleichzeitig berücksichtigt, dass die Kriege stattdessen in den Peripherien geführt wurden. In bestimmten Regionen der Dritten Welt herrschte über die gesamte Dauer des Kalten Krieges ein permanenter militärischer Konflikt.²⁵

(3) *Totalität und Ubiquität des Kalten Krieges*. Nicht nur in der Wahrnehmung, sondern vor allem in seiner Praxis entwickelte sich der Kalte Krieg in Richtung eines «totalen» oder auch «absoluten Krieges», wie ihn Arthur Koestler schon 1945 in Anlehnung an Clausewitz nannte.²⁶ In ihm kam mit Ausnahme der atomaren Waffen auf beiden Seiten tendenziell alles materiell und immateriell Verfügbare zur Anwendung oder wurde zumindest bereitgestellt, um diesen Konflikt zu gewinnen. Gleichzeitig okkupierte der Kalte Krieg direkt oder indirekt sogar Bereiche, die auf den ersten Blick wenig mit ihm zu tun hatten. Der Kalte Krieg war eine weitgehend entgrenzte politisch-ideologische, ökonomische, technologisch-wissenschaftliche und kulturell-soziale Auseinandersetzung, die ihre Auswirkungen bis in den Alltag zeitigte.

Das zentrale Paradoxon des Kalten Krieges war somit die Vorstellung, sich in einem «totalen Krieg» zu befinden, den man aber im Gegensatz zu den bisher bekannten Phasen «totaler Kriegsführung» nicht mit Aufbietung *aller*, das heißt auch militärischer Mittel führen konnte und die Mehrheit auf diese Weise auch nicht führen wollte. Gleichzeitig sah man sich aber genötigt, sich auf den Eventualfall des großen militärischen Konflikts umfassend vorzubereiten. Dazu gehörten die Suche und Anwerbung von Bündnispartnern, die Reklamierung von tatsächlichen oder prospektiven Interessengebieten, die Fabrikation, Erweiterung und ständige Modernisierung von wirtschaftlichen, technischen, militärischen, zivilen und politischen Ressourcen und nicht zuletzt die Herstellung oder Erzwingung innerer Geschlossenheit. Milliarden wurden investiert, um auch die Funktionsfähigkeit einer politischen und militärischen Führung in einem möglichen Atom-

krieg zu gewährleisten. Die Bunkeranlagen des Kalten Krieges stellten in Qualität und Quantität alles in den Schatten, was der Zweite Weltkrieg hervorgebracht hatte. Bis weit in die Bündnisstaaten hinein wurde eine Debatte um das Überleben im Atomkrieg geführt, die nachhaltig auch die Mentalität des Kalten Krieges bestimmte.²⁷ Besonders anschaulich lässt sich die Totalität und Ubiquität des Konflikts dort nachvollziehen, wo der Konflikt angeblich unpolitische Bereiche berührte oder sogar zeitweilig okkupierte, so etwa die Kulturpolitik. In den einzelnen Gesellschaften führte der totale Konflikt darüber hinaus zu deutlichen Polarisierungen. Annäherungen an die jeweils andere Seite oder Neutralität blieben nicht nur in der Sowjetunion und in den USA bis zum Schluss verdächtig. Für dieses Phänomen eines «inneren Belage- rungszustands» unter dem angenommenen Druck von außen wurde bereits in den Fünfzigerjahren der Begriff des «Kalten Bürgerkriegs» geläufig, der in jüngeren Darstellungen wieder aufgenommen wurde.²⁸ Gerade hier wird erkennbar, dass der Kalte Krieg eigentlich nur Kombattanten kannte – Teilnehmer auf dieser oder jener Seite. Anschauungsunterricht bot im Osten etwa die Behandlung von Dissidenten oder sonstigen «Verrätern». Im Westen gehörte dazu das Verhalten gegenüber tatsächlichen oder vermeintlichen Sympathisanten der anderen Seite, so etwa gegenüber der Friedensbewegung.

(4) *Bipolarität und Multipolarität des Kalten Krieges.* Die Frage, ob der Kalte Krieg tatsächlich als ein bipolarer Konflikt anzusehen sei, ist seit den Sechzigerjahren gestellt worden.²⁹ Was auf den ersten Blick so unmittelbar einleuchtend erscheint, dass es Eingang in viele Darstellungen gefunden hat, erweist sich bei näherem Hinsehen als nicht zutreffend. Für die Auffassung spricht, dass sich an seinem Beginn und im folgenden grundsätzlichen Konflikt zunächst zwei «Supermächte» gegenüberstanden, die sich durch unvereinbare, absolut gesetzte Ideologien und ihre unbestreitbare Hegemonie in den jeweiligen Bündnisblöcken auszeichneten. Zu «Supermächten» wurden sie allerdings erst durch die Verbindung mit militärischer Macht: Die Unterhaltung großer, mobiler und ständig global einsatzbereiter Armeen sowie der Besitz und der ständige Ausbau von immer stärkeren Nuklearwaffen mit Erst-, Zweitschlag- und *Overkill*-Kapazitäten ließen die USA und die UdSSR nahezu unangreifbar werden. Andere ehemalige «Groß-

mächte», selbst wenn sie wie Frankreich oder England im Besitz von Atomwaffen waren, schrumpften im Vergleich dazu zu Nationen mittlerer Stärke. Gestützt wurde das Bild eines Zweikampfs zusätzlich dadurch, dass bereits der Ost-West-Konflikt, aber insbesondere auch die beiden Weltkriege als Auseinandersetzung zweier Blöcke betrachtet worden waren. Auch innenpolitisch bot die simplifizierende Darstellung Vorteile. Die sowjetische Vorstellung der «Zwei Lager» war ebenso eingängig wie die im Westen gängigen Antagonismen «Freiheit» und «Unfreiheit» oder «Demokratie» und «Diktatur». Nicht zuletzt drängten die Supermächte auf die bipolare Zuordnung und insbesondere auf den Abschluss von globalen Bündnissen, da Neutralität oder gar Blockfreiheit als Ausdruck politischer Unzuverlässigkeit galt.

Gegen die Auffassung, dass der Kalte Krieg eine rein bipolare Auseinandersetzung war, spricht am deutlichsten, dass dies schon wenige Jahre nach dem offiziellen Beginn des Kalten Krieges 1947 nicht mehr der Realität entsprach. Als eine dritte, jedoch neben den Hauptkontrahenten sekundäre Macht konnte sich das kommunistische China etablieren, welches sich rasch westlichem, dann auch Moskaus Einfluss entzog und darüber hinaus versuchte, die Blockfreienbewegung (*Nonaligned Movement*, NAM) zu dominieren. 1964 stieg Peking in den Kreis der Atommächte auf und konnte 1967 sogar seine erste Wasserstoffbombe zünden – fast ein Jahr vor Frankreich. Aber auch der 1954/55 entstandenen Blockfreienbewegung gelang es, sich als ein Pol in der Weltpolitik zu etablieren. Die NAM-Staaten konnten über Jahre erfolgreich zwischen den drei anderen Blöcken arbeiten und in der zweiten Hälfte des Kalten Krieges sogar zeitweilig den Ölpreis wirkungsvoll als Waffe einsetzen. Inwieweit man die UNO als eigenen Machtblock im Kalten Krieg begreifen kann, ist ebenso erklärungsbedürftig.³⁰ Die von den Siegermächten bis zum Juni 1945 in San Francisco verabredeten gemeinsamen Grundlagen einer «Weltregierung» wurden rasch von den nationalen Interessen und dem Machtpoker der Supermächte eingeholt. Die Generalversammlung präsentierte sich in der Öffentlichkeit häufig eher als Bühne für den effektvollen Schlagabtausch der Supermächte, weniger als machtvoller Akteur. Trotz aller Schwächen präsentierten sich die Vereinten Nationen aber jeweils dann als wirkungsvoller Machtblock im Kalten Krieg, wenn sich ihre jeweiligen Generalsekretäre als starke

Persönlichkeiten erwiesen. Dies zeigte sich 1950 im Koreakrieg, 1956 während des Suezkonflikts oder 1990/91 im Krieg gegen den Irak. Die Grenzen des Engagements wurden hier durch den chronischen Geldmangel der Vereinten Nationen gesetzt.

Außer der Tatsache, dass zumindest vier oder fünf «Blöcke» des Kalten Krieges auszumachen sind, widerspricht es dem Bild der schlichten Bipolarität, dass sich innerhalb der einzelnen Blöcke oder auch blockübergreifend transnationale, nationale und innerstaatliche *Subsysteme* herauskristallisierten, die den Verlauf des Kalten Krieges zeitweilig erheblich beeinflussten. Sie passten kaum mehr in das Schema klarer dualistischer Konfrontation, wenngleich sie natürlich alle auf irgendeine Weise direkt oder indirekt mit dem Hauptkonflikt verbunden blieben. Als Beispiel kann man hier die gesamtdeutsche Politik nennen, die zeitweilig erstaunlich unberührt von der Interessenlage der Supermächte eigene Wege verfolgte und schließlich erheblichen Einfluss auf den Verlauf des globalen Konflikts gewann. So fand ein Teil der Entspannungspolitik ihren Ursprung viel deutlicher in den nationalen Interessen des deutsch-deutschen Sonderkonflikts als im Antagonismus der Supermächte. Aus den Anfängen der Entspannungspolitik in Berlin ab 1963 wurde am Ende des Jahrzehnts die bundesrepublikanische Ostpolitik, die bezeichnenderweise gegen amerikanische Widerstände und Misstrauen im Ostblock durchgesetzt werden musste. Ähnliche *Subsysteme* des Kalten Krieges mit spezifischen Interessenlagen jenseits der großen Blöcke waren auch innerhalb der organisierten Dritten Welt auszumachen. Hier konnte man zum Beispiel zwischen Staaten mit Atomwaffenbesitz und entsprechend offensiver Außenpolitik und Staaten ohne Zugang zu Nuklearwaffen oder zwischen Ländern mit wichtigen Rohstoffvorkommen und solchen ohne Ressourcen unterscheiden. Dass darüber hinaus ethnisch-religiöse Gegensätze, die an sich wenig mit den Fronten des globalen Konflikts zu tun hatten, den Kalten Krieg nachhaltig beeinflussten, zeigte der über Jahrzehnte geführte Sonderkonflikt zwischen dem mehrheitlich hinduistischen Indien und dem islamischen Pakistan. Überdies kann man die politischen Interessen und Aktivitäten einiger weltweit organisierter Religionsgemeinschaften als nationale oder transnationale *Subsysteme* des Kalten Krieges begreifen. Zwar ordneten sich einige Religionen oder Konfessionen seit dem Beginn des Konflikts offiziell

einer Seite zu, so etwa der Vatikan. Darüber hinaus gab es allerdings eine Vielzahl von Versuchen von Religionsgemeinschaften, jenseits der politischen Blockinteressen zu arbeiten. Dazu gehörten in Teilen zum Beispiel die Kirchen im geteilten Deutschland, die sich auf beiden Seiten etwa für die Abrüstung engagierten. Jenseits der Blöcke arbeiteten aber auch die radikaletischen katholischen «Befreiungskirchen» in der Dritten Welt und seit den siebziger Jahren zunehmend auch der Islam.³¹ Seit 1979 entzog sich der iranische «Gottesstaat» zunächst allen internationalen Beziehungen und versuchte erst nach dem Ende des Kalten Krieges, sie wieder aufzubauen.

Nicht zuletzt kann man auch private Organisationen als nationale oder supranationale *Subsysteme* des Kalten Krieges verstehen.³² Dazu gehörten politische *Pressure Groups*, so das amerikanische *Committee on the Present Danger*, aber auch zahlreiche Lobby-Gruppen, die sich speziell für die Interessen der «Dritten Welt» einsetzten. Zu ihnen lassen sich auch die im engeren Sinn als *Non-Governmental Organization* (NGO) tätigen Verbände rechnen, über die während des Kalten Krieges die Industriestaaten bis zu sechzig Prozent ihrer Entwicklungshilfe abwickelten, aber auch die nicht staatlich gebundenen und zum Teil illegal tätigen internationalen Menschenrechts-, Umwelt- oder «Befreiungsorganisationen». So entwickelten sich zum Beispiel *Amnesty International* oder auch *Greenpeace* zeitweilig zu wirksamen Gewichten gegen Blockinteressen. Wie störend etwa die Umweltorganisation *Greenpeace* für die französische Regierung war, zeigte sich am 10. Juli 1985, als das Schiff *Rainbow Warrior* nach Demonstrationen gegen Nukleartests im Bereich des Mururoa-Atolls vom französischen Geheimdienst versenkt wurde.

(5) *Ganzheitlichkeit des Kalten Krieges*. Der Kalte Krieg wurde global, gleichzeitig aber regional und lokal geführt und er reichte bis in die persönlichen Biografien. Er hatte deutliche Zentren und Peripherien. Das Problem ist daher, einerseits alles zu erfassen, was dazu gehört, andererseits keine künstlichen Verbindungen zu suggerieren. Bestimmte politische, ökonomische, soziale oder kulturelle Entwicklungen gehörten eher entfernter zum Kalten Krieg oder partizipierten nur partiell an ihm. Mit Recht ist zu fragen, in welcher Weise etwa die «Kleinen Kriege» in der Dritten Welt zum Blockkonflikt gehörten.

Ein Beispiel wie der seit 1977/78 und über das Ende des Kalten Krieges andauernde Konflikt zwischen Somalia und Äthiopien um die ostafrikanische Region Ogaden kann die teilweise verdeckten Beziehungen deutlich machen. Dass dieser an sich regionale Krieg inhaltlich eigentlich *wenig* mit der globalen Auseinandersetzung zu tun hatte, da er im Kern ein innerafrikanischer, teilweise lediglich ein Konflikt der rivalisierenden Clans war, der nur temporär an den Ressourcen des Kalten Krieges partizipiert hatte, zeigte sich, als er sich auch nach 1991 nicht beenden ließ. Dass der Konflikt *viel* mit dem Kalten Krieg zu tun hatte, demonstrierte das hohe Engagement der Supermächte und seine Folgen. Die Entspannungspolitik wurde «im Wüstensand von Ogaden begraben», wie der Sicherheitsberater Präsident Carters, Zbigniew Brzezinski, später in seinen Memoiren feststellte.³³

(6) *Differenzierung und Pluralität der Geschichte des Kalten Krieges.* Es liegt auf der Hand, dass ein global geführter Konflikt, der fast alle Staaten der Welt einbezog, nicht aus der Perspektive eines Beteiligten geschrieben werden kann. So unterschiedlich wie die Orte des Kalten Krieges ist notwendigerweise auch die kollektive und individuelle Verortung im Konflikt. Zwangsläufig war fast jeder am Ende der etwa zwei Generationen dauernden globalen Auseinandersetzung ein Zeitzeuge, der sich selbst in die Erzählung vom Kalten Krieg positiv oder negativ einbinden konnte. Wie unterschiedlich dies sein kann, zeigt der Blick auf den Einzelfall. Für den in der Blockfreienbewegung organisierten Teil der beteiligten Nationen spielte beispielsweise der Mauerbau im geteilten Deutschland, der wiederum für Europa und die Supermächte eine zentrale Zäsur des Kalten Krieges bildete, keine wesentliche Rolle.³⁴ Ein Westeuropäer aus Großbritannien, Frankreich oder Portugal hat zwangsläufig andere Erinnerungen an den Konflikt als ein Bürger aus den Staaten des ehemaligen Ostblocks. Erinnerungen in den USA unterscheiden sich natürlich auch von jenen ehemaliger Sowjetbürger. Selbst innerhalb der einzelnen beteiligten Gesellschaften, ja sogar innerhalb der einzelnen Milieus konnten Erinnerung und politische Verortung unterschiedlich sein. Wie sie sich unterschieden, zeigt nicht zuletzt die Gedenkkultur. In den USA entstand eine in Teilen kritische, dennoch aber mehrheitlich positive Erinnerung. Relativ rasch wurde in den USA dafür gesorgt, dass in die angesehene Liste des *National Register of Historic Places* Dutzende

von *Cold War Resources* als offizielle «Erinnerungsorte» aufgenommen wurden. Dass die sowjetisch-russische Erinnerung an den Kalten Krieg dagegen viel stärker vom Verlust der einstigen Supermachtrolle und einem Gefühl der Niederlage geprägt ist, zeigt das Fehlen solcher Gedenkort. Die offizielle Identitätssuche (*Identičnost*) ist zu einer vorkommunistischen «russischen Idee» zurückgegangen, die nun auch die Zeit des Ost-West-Konflikts in eine gesamtrussische Geschichte einzuordnen sucht.³⁵ Noch komplizierter sind die Erinnerungen im 1990 vereinigten Deutschland. Hier tat man sich bereits mit der Erhaltung zentraler Monumente, so etwa Teilen der Mauer und militärischer Hinterlassenschaften, schwer. Eine der zentralen Fragen nach dem Ende des Konflikts ist daher, wie eine Erzählung des Kalten Krieges auszusehen hat, in der sich alle Beteiligten in angemessener Weise erkennen können. Die Epoche des Kalten Krieges kann daher eigentlich nur als eine globale, multilineare und auf vielfache Weise politisch, kulturell, wirtschaftlich-sozial verflochtene Geschichte erzählt werden, in der sich gleichzeitig die unterschiedlichen historischen Erfahrungen und politischen Sichtweisen wiederfinden.³⁶

1. Der Weg in den Kalten Krieg 1917–1945

Der Ost-West-Konflikt: Im Jahrhundert der Ideologen

Zeitgenossen wie der französische Philosoph und Politiker Alexis de Tocqueville (1805–1859) sahen bereits im 19. Jahrhundert einen Konflikt zwischen den aufstrebenden Mächten USA und Russland voraus. Bezeichnenderweise glaubte Tocqueville in seiner berühmten Darstellung *Über die Demokratie in Amerika* (1835), dass der wichtigste Auslöser der ideologische Gegensatz sein werde: Das idealistisch verstandene demokratische Prinzip in den Vereinigten Staaten stehe dem monarchischen Prinzip unvereinbar gegenüber.¹ Tatsächlich war die berühmte außenpolitische Rede des amerikanischen Präsidenten James Monroe aus dem Jahr 1823, die dann zwanzig Jahre später völkerrechtlich zur «Monroe-Doktrin» umgedeutet wurde und auch während des Kalten Krieges eine wichtige außenpolitische Leitlinie blieb, eine politische Kampfansage der Demokratie an die «Despoten» gewesen. Monroe hatte sich allerdings vorwiegend – aber ganz im Verständnis des «permanenten Krieges», wie ihn die Französische Revolution entwickelt hatte – gegen die befürchtete Einmischung der Heiligen Allianz auf der Seite Spaniens gegen die südamerikanischen Kolonien sowie gegen Russlands Expansionsbestrebungen an der Nordwestspitze des amerikanischen Kontinents aussprechen wollen. Er postulierte dafür ein prinzipielles Interventionsverbot europäischer Mächte in diesem Raum.² In den Ausführungen des US-Präsidenten von 1823 wie in der späteren Monroe-Doktrin war zudem noch ein zweiter Aspekt enthalten, der den ideologisch-politischen Konflikt unterstrich und erweiterte. Monroe hatte in einer aus der Rede entfernten Passage der griechischen Befreiungsbewegung, die damals gegen das Osmanische Reich kämpfte, die ideologische Unterstützung der USA zugesichert. 1830 erfolgte eine solche Erklärung auch für die polnische Freiheitsbewegung. In der ungarischen Revolution 1848/49 waren die Vereinigten Staaten sogar die einzige Nation, die die Unabhängigkeitserklärung der neuen Regierung unter Lajos Kos-

suth diplomatisch anerkannte. In der Praxis blieben solche Erklärungen allerdings im 19. Jahrhundert weitgehend ohne Folgen. Washington war weder politisch noch militärisch in der Lage, diesen Versprechen wirklich Taten folgen zu lassen. Dennoch waren es diese Traditionen, die vor allem in den Anfangsjahren des Kalten Krieges als Begründung herangezogen wurden, wenn es um Konzepte ging, die «Versklavten Nationen» in Osteuropa von der sowjetischen Herrschaft zu lösen.³

Der ideologische Gegensatz zwischen Russland und den USA verschärfte sich im 19. Jahrhundert noch einmal erkennbar in den 1880er Jahren, als nach der Ermordung von Zar Alexander II. die Unterdrückung revolutionärer Bewegungen in Russland zunahm. Besonders intensiv zeigte sich der ideologische Gegensatz jedoch nach der Russischen Oktoberrevolution 1917. Der Westen versagte den Bolschewiki jede Anerkennung. Die «Vierzehn Punkte», das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson im Januar 1918, waren daher nicht nur ein westliches Konzept gegen die Monarchien der Mittelmächte, sondern auch gegen die Bolschewiki und ihre «Diktatur des Proletariats».

Der ideologische Konflikt zeigte sich hier bereits in seinen Grundzügen. Der globale Anspruch beider Weltanschauungen war ebenso offensichtlich wie der Ansatz zur Blockbildung. Die Bolschewiki kannten nach der Kapitulation vor den Deutschen in Brest-Litowsk im März 1918 nur noch Gegner oder Verbündete der Revolution. An das Deutsche Reich, das 1917 durch finanzielle und logistische Unterstützung die Arbeit Lenins in Russland erst ermöglicht hatte, musste die für die Versorgung der eigenen Bevölkerung überaus wichtige Ukraine abgetreten werden. Sie wurde kurz darauf von deutschen Truppen besetzt. Auf welcher Seite die westlichen Alliierten – vor allem Frankreich, Großbritannien und die USA – standen, war spätestens dann klar, als diese im Verlauf des nun rasch eskalierenden und bis 1921 andauernden Russischen Bürgerkriegs zugunsten der antikommunistischen «weißen» Truppen eingriffen. Die treibende Kraft hinter den Interventionen war Frankreich, das 1918 hoffte, damit die Ostfront gegen Deutschland reaktivieren zu können. Nach ersten kleineren Einheiten, die bereits im Frühjahr 1918 in russischen Häfen gelandet waren, wurden am 2. August des Jahres britische Marineverbände in Archangelsk und wenig später 35 000 amerikanische Soldaten

im sibirischen Wladiwostok ausgeschifft. Auch japanische und tschechoslowakische Einheiten beteiligten sich an den bis 1920 fortgesetzten Interventionen. Zur selben Zeit starteten westliche Geheimdienstoperationen gegen die Bolschewiki. Vor allem britische Nachrichtendienste standen 1918 hinter einer Reihe von Attentaten und Putschversuchen. Am bekanntesten wurde das sogenannte «Lettische Komplott», bei dem der britische Geheimdienst MI 6 und das Außenministerium in London mithilfe der lettischen Wachmannschaften im August 1918 Lenin und Trotzki zu ermorden versuchten.⁴

Die Hauptwaffe gegen die Bolschewisierung Europas hatte Wilson allerdings in seiner neuen Weltordnung gesehen, in die bis zum Friedensschluss in Brest-Litowsk zunächst Lenins «Neues Russland» eingebunden werden sollte. Für den Völkerbund als wichtigste Institution der geplanten globalen, theoretisch gleichberechtigten Neuordnung fand sich allerdings selbst in den USA keine Mehrheit. Wilson und die Demokraten erlitten bei den Wahlen im November 1920 eine gravierende Niederlage, und mit ihr kippte das Konzept des «Internationalismus» (*Internationality*). «Wir streben keine Beteiligung daran an, die Schicksale der Welt zu lenken», verkündete sein Nachfolger Harding in seiner Antrittsrede 1921.⁵ Bis weit in die Dreißigerjahre konzentrierte man sich deutlicher auf innenpolitische Probleme. In der Außenpolitik herrschte zwar eine «isolationistische» Grundposition. Gleichwohl engagierten sich die USA auch in der Zwischenkriegszeit in internationalen Sicherheitsfragen.

Während die 1922 gegründete «Union der sozialistischen Sowjetrepubliken» (UdSSR) von Deutschland, dem großen Verlierer des Ersten Weltkriegs, diplomatisch anerkannt wurde, entschieden sich die USA erst 1933 unter Franklin D. Roosevelt zur Aufnahme von offiziellen Beziehungen. Im August 1920 fasste ein von Präsident Wilson abgezeichnetes Memorandum die Gründe für die Skepsis Washingtons zusammen: «Es ist für die Regierung der Vereinigten Staaten nicht möglich, die gegenwärtigen Machthaber in Russland als eine Regierung anzuerkennen, mit der Beziehungen wie zu anderen befreundeten Regierungen fortgesetzt werden können. [...] Entgegen seinem Willen ist die Regierung der Vereinigten Staaten davon überzeugt worden, dass das gegenwärtige Regime in Russland auf der Negation aller Prinzipien von Ehre und

gutem Glauben aufbaut [...]»⁶ Die Ablehnung der Bolschewiki war auch unter den folgenden US-Regierungen Konsens und wurde auch von Wilsons Nachfolgern, den Präsidenten Harding, Coolidge und Hoover, unverändert mitgetragen. Sie folgten Wilson ebenso in seiner Auffassung, dass die Diktatur in der Sowjetunion, wie alle undemokratischen Regierungen, im Grunde genommen schwach sei, da ein tiefer Gegensatz zwischen Führung und Bevölkerung bestehe. Vom republikanischen Abgeordneten Elihu Root kam 1921 sogar die Forderung, Russland müsse aus der Gemeinschaft zivilisierter Staaten ausgeschlossen werden, wenn es nicht in der Lage sei, sich seiner undemokratischen Regierung selbst zu entledigen.⁷ Im selben Jahr wurde Russland auch nicht mehr zur Abrüstungskonferenz in Washington eingeladen.

Probleme resultierten nicht nur aus den unterschiedlichen Weltanschauungen. Weitere Schwierigkeiten ergaben sich aus der von den Bolschewiki verweigerten Kredittilgung und der fehlenden Entschädigung für die Enteignung amerikanischer Firmen. Seit 1922 unterhielt Washington allerdings eine kleine Gesandtschaft in der lettischen Hauptstadt Riga, die regelmäßig über die Sowjetunion berichtete. Diese bis zur sowjetischen Annexion Lettlands 1940 erstellten Meldungen der «Rigaer Sektion» hatten bereits deutlichen Einfluss auf den späteren Kalten Krieg.⁸ George Kennans Anschauungen über die Sowjetunion und den Kommunismus, die zusammen mit den Erfahrungen in seiner Moskauer Zeit ab 1933 dann Grundlage für seine 1946 vorgelegten einflussreichen Ideen zu einer «Eindämmungspolitik» gegenüber der UdSSR wurden, waren hier geprägt worden. So vermerkte er 1944 nicht nur, es sei für den Westen wichtig zu begreifen, dass die Kommunisten im Kreml ebenso expansiv seien wie die Zaren,⁹ sondern riet gleichzeitig seinem Vorgesetzten, Botschafter Averell Harriman, der später zum außenpolitischen Berater Trumans berufen wurde, man solle die US-Bevölkerung schon jetzt psychologisch darauf vorbereiten, dass die UdSSR der kommende Feind der Vereinigten Staaten werde.¹⁰ «Heimgekehrt in die komfortablen Westgrenzen des guten Zaren Alexej», hieß es auch in Kennans Memorandum vom Mai 1945, «konnte der Bolschewismus gefahrlos die russischen politischen Überlieferungen des siebzehnten Jahrhunderts wiederaufleben lassen: den uneingeschränkten autokratischen Zentralismus, die byzantini-

sche Schule des politischen Denkens, die selbstgenügsame Absonderung von der westlichen Welt und sogar die mystischen Träume vom ›Dritten Rom‹. [...] In der kurzen Zeitspanne von zwei Dekaden hat der Sowjetstaat inzwischen ein gut Teil der Geschichte des Zarentums der letzten zwei Jahrhunderte nachvollzogen. [...] Bei Kriegsende ähnelte seine Stellung ganz erstaunlich der Alexanders I. am Ende der napoleonischen Ära.»¹¹ Bei genauerem Hinsehen erkennt man in diesen Ausführungen jene Befürchtungen wieder, die auch US-Präsident Monroe gegenüber der Heiligen Allianz gehegt hatte. Die UdSSR als Nachfolger des ehemals zur Heiligen Allianz gehörenden Zarenreiches trat in dieser Vorstellung dessen imperiales Erbe an.

Die sowjetische Regierung lavierte seit 1922 zwischen revolutionärem Anspruch und Arrangement mit den großen Mächten. Wesentlich wichtiger als die USA waren in den Zwanzigerjahren die Europäer, und hier insbesondere England, Frankreich und nicht zuletzt Deutschland. Mit London und Paris misslang der Versuch der Annäherung, während Moskau und Berlin bereits mit dem Vertrag von Rapallo 1922 nicht nur diplomatische Beziehungen festschrieben. Die Kooperation erstreckte sich später auch auf eine enge militärische Zusammenarbeit von «Schwarzer Reichswehr» und «Roter Armee». Aber nicht nur dies verstärkte die Distanz der übrigen Mächte gegenüber der UdSSR. Für tiefes Misstrauen sorgte auch die von Lenins Nachfolger Stalin öffentlich immer wieder betonte sowjetische Vorreiterrolle für die Weltrevolution. Parallel zu den Versuchen der diplomatischen Anerkennung machte der sowjetische Diktator auch in den Zwanzigerjahren unmissverständlich deutlich, dass die UdSSR alles tun werde, um die «gesetzmäßigen Widersprüche des Kapitalismus» zu ihren Gunsten zu verstärken.¹² Stalin blieb zeitlebens von dieser «Regel» überzeugt, wie der als generös verstandene Vorschlag seines Außenministers Molotow an die US-Regierung im Januar 1945 deutlich machte, die Überschüsse der amerikanischen Wirtschaft abzunehmen, um die nach dem alliierten Sieg im Zweiten Weltkrieg absehbare Überproduktionskrise des Westens zu verhindern.¹³ Seit den zwanziger Jahren war es die «Kommunistische Internationale» (*Komintern* bzw. KI), die unter anderem auch Streiks in westlichen Staaten unterstützte. Die Spendensammlung der *Komintern* für englische Bergleute am 1. Mai 1926, die kurz danach in einen lan-

gen Ausstand traten, führte schließlich zum Abbruch der britisch-sowjetischen Beziehungen.

Die Anti-Hitler-Koalition im Zweiten Weltkrieg

Die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR blieben bis zum Zweiten Weltkrieg schwach. Bis zur Weltwirtschaftskrise hatte es private amerikanische Geschäftsbeziehungen zur UdSSR gegeben. Den Sowjets ging es dabei vor allem um Technologietransfers aus dem Westen. Sie importierten insbesondere Maschinen für die forciert angegangene Industrialisierung ihres Landes und exportierten dafür Nahrungsmittel sowie Roh- und Brennstoffe, die zunächst auch in den USA abgenommen wurden. Der Börsenkrach 1929 brachte zunächst ein Handelsembargo für sowjetische Einfuhren. Auch während des zweiten sowjetischen Fünfjahresplans ab 1933 nahm die Außenhandelsquote der UdSSR beständig weiter ab. Sie fiel 1937 auf den einstweiligen Tiefstand.¹⁴ Eine grundlegende Änderung brachten erst die nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941 einsetzenden US-Hilfslieferungen.

Politisch-ideologisch herrschte in den Vereinigten Staaten der Zwischenkriegszeit eine antikommunistische Grundstimmung. Sie speiste sich primär aus dem Gegensatz von nahezu ungebretem Kapitalismus, Individualismus und Wettbewerb im eigenen Land und den die USA erreichenden Nachrichten über die «Diktatur des Proletariats» in der Sowjetunion. Gleichwohl blieb am Ende der Zwanziger- und auch in den Dreißigerjahren, die als die «Rote Dekade» in den USA bezeichnet wurden, eine gewisse intellektuelle Begeisterung für sozialistische und kommunistische Ideen verbreitet. Den Hintergrund bildete vor allem die schwache ökonomische Entwicklung, die bis weit in die Dreißigerjahre anhielt und noch 1938 für etwa zehn Millionen Arbeitslose und entsprechend große soziale Probleme sorgte. Bekannte Schriftsteller wie Ernest Hemingway schrieben zeitweilig für kommunistische Zeitschriften, und ein erheblicher Teil der literarischen Elite der USA pflegte zumindest einen schwärmerischen Umgang mit dem Marxismus. Tatsächlich vertraute auch die US-Bundespolitik schon unter Präsident Hoover nicht mehr ausschließlich dem freien Spiel des Marktes. Staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

und sozialpolitische Reformen prägten auch das *New-Deal*-Programm des 1933 gewählten Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Dazu gehörte die nun gesetzlich vorgeschriebene Kooperation von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Gewerkschaften. Auch rhetorisch war sozialistisches Gedankengut präsent. Der Berater des Präsidenten und «Vater des *New Deal*», der prominente Jurist Louis Brandeis, wetterte gegen Monopole und Kapitalisten.¹⁵ Auch radikalere Programme kursierten, an denen sich ebenfalls Prominente beteiligten: Der Schriftsteller Upton Sinclair bewarb sich für den Gouverneursposten im US-Bundesstaat Kalifornien mit dem Slogan *End Poverty in California* («Beendet die Armut in Kalifornien»)¹⁶.

Die Reformen des *New Deal* waren nicht nur Konservativen verdächtig. Kommunistische Ideen blieben in den USA trotz prominenter Unterstützung ein Außenseiterphänomen. Die 1919 gegründete amerikanische kommunistische Partei (CPUSA), die sich in den Dreißigerjahren auf die Gründungsväter und die Tradition der Unabhängigkeitserklärung berief, konnte niemals mehr als etwa 100 000 Mitglieder versammeln. Roosevelts *New Deal* selbst blieb so lange ohne durchschlagende Wirkung, bis im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs und dann vor allem nach dem Kriegseintritt der USA 1941 die öffentliche Nachfrage sprunghaft anstieg. Dass Roosevelts Politik von seinen Gegnern zeitweilig erfolgreich als kommunistisch diffamiert werden konnte, zeigte eindringlich eine der Grundängste der amerikanischen Gesellschaft: die Furcht vor einer schleichenden Unterwanderung mit undemokratischem Gedankengut zur Zerstörung des *American Way of Life*. Sicher ist, dass Roosevelt die eigentliche Bedrohung eher im Nationalsozialismus sah. Hitler rückte für ihn sogar in die Position eines persönlichen Gegners. Isolationistische oder gar deutschfreundliche Strömungen in den USA verurteilte der Präsident lange vor der deutschen Kriegserklärung an die USA im Dezember 1941 als Illoyalität gegenüber dem eigenen Land. Die Verfolgung richtete sich in den USA aber seit 1940 auch gegen Kommunisten. Die Landesverratsbestimmungen des sogenannten *Smith Act* wurden bis 1945 sogar weit häufiger gegen «kommunistische Bestrebungen» angewandt als gegen Nationalsozialisten. Man hat im Rückblick darin häufig die Grundlegung des *McCarthyism* der Fünfzigerjahre gesehen.